

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 12.09.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 20:08 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

| | | |
|------------------------------|---|---|
| Herr Oliver Paulsen | Ausschussvorsitzender, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | |
| Herr Jürgen Busse | CDU | |
| Herr Werner Misch | CDU | |
| Herr Andreas Scholtyssek | CDU | |
| Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck | DIE LINKE. | |
| Frau Birgit Leibrich | parteilos | |
| Herr Olaf Sieber | DIE LINKE. | vertrat bis 19:15 Uhr Herrn Swen Knöchel |
| Herr Dr. Karamba Diaby | SPD | anwesend bis 19:12 Uhr |
| Herr Dr. Rüdiger Fikentscher | SPD | |
| Frau Martina Wildgrube | FDP | |
| Herr Manfred Sommer | MitBÜRGER für Halle | |
| Herr Dr. Justus Brockmann | SKE | |
| Frau Julia Burghardt | SKE | anwesend bis 19:05 Uhr |
| Herr Dr. Wilfried Fuchs | SKE | |
| Frau Marion Krischok | SKE | |
| Herr Dr. Carl-Ernst Rürup | SKE | |
| Frau Dr. Regina Schöps | SKE | |
| Herr Dr. Bernd Wiegand | Beigeordneter | |
| Herr Uwe Stäglin | Beigeordneter | |
| Herr Rene Müller | Protokollführer | |
| Herr Wolfgang Hans | Verwaltung | |

Entschuldigt fehlen:

| | | |
|----------------------------|---------------|--|
| Herr Swen Knöchel | DIE LINKE. | wurde bis 19:15 Uhr vertreten durch Herrn Olaf Sieber |
| Herr Hans-Jürgen Schiller | SKE | |
| Herr Stefan Schulz | SKE | |
| Herr Wolfram Neumann | Beigeordneter | |
| Frau Rita Lachky | Verwaltung | |
| Herr Dr. Ernst Müllers | Verwaltung | |
| Frau Kerstin Ruhl-Herpertz | Verwaltung | |

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und teilte mit, dass die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 4.1 als erste Lesung behandelt werde.

Da die Tagesordnungspunkte 5.1 und 5.1.1 im Kulturausschuss vertagt wurden, werde der Ausschuss dem folgen.

Zum Tagesordnungspunkt 5.3 wurde ein weiterer Änderungsantrag gestellt. Dieser wurde als Tischvorlage verteilt und soll unter 5.3.2 in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion unter 5.5 wurde im Planungsausschuss zurückgezogen. Eine Behandlung kann daher nicht mehr erfolgen. Herr Dr. Fikentscher erklärte den Antrag für erledigt.

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, bat darum, den Antrag unter 5.2 als erledigt zu erklären und von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen, bat um Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.3, da aufgrund der neuen Geschäftsordnung Mitteilungen der Stadtverwaltung in der Regel als schriftliche Informationsvorlagen vorzulegen seien. Dies sei nicht erfolgt.

Herr Paulsen informierte über die Anwesenheit des Bürgervereins "Fluglärm Halle Ost e.V.". Diese würde gern aktuelle Informationen nach Presseberichten zum Thema Nachtflüge dem Ausschuss mitteilen. Es wurde Rederecht für Frau Claudia Pärsch beantragt. Die Mitteilung werde nach der Behandlung des Tagesordnungspunktes 3 erfolgen.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, teilte diesbezüglich mit, dass die Verwaltung ab kommender Sitzung im Ausschuss regelmäßig über die Fluglärmkommission berichten werde.

Abstimmung zum Antrag auf Rederecht: mehrheitlich zugestimmt

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.07.2012
4. Mitteilung zum Fluglärm
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Brandschutzbedarfsplan
Vorlage: V/2012/10626
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10586
vertagt
- 6.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -
Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10880
vertagt
- 6.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Übertragung der Lichtsignalanlagen an die
Stadtwerke Halle
Vorlage: V/2012/10689
abgesetzt
- 6.3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen
Feuerwehr Halle –Trotha
Vorlage: V/2012/10774
- 6.3.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag
der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen
Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10869
- 6.3.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion
zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha
(Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines
Terminvergabesystems für den Bürgerservice
Vorlage: V/2012/10780
- 6.5. Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich
Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk
Vorlage: V/2012/10785
abgesetzt
- 6.6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in
der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

- 6.7. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Sicherungsmaßnahmen am Osendorfer See
Vorlage: V/2012/10854
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht
- 8.2. Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung zur Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen
- 8.3. Handlungskonzept zum Baumbestand Halle-Neustadt **vertagt**
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.07.2012

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den TOP. Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 05.07.2012.

Herr Paulsen bat um Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Mitteilung zum Fluglärm

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Claudia Pärsch vom Bürgerverein "Fluglärm Halle Ost e.V."

Claudia Pärsch, Vorsitzende des Bürgervereins „Fluglärm Halle Ost e.V.“, bedankte sich zur Einräumung des Rederechts und informierte über den aktuellen Stand zu Flügen über den halleschen Osten. Es seien weitere Zunahmen zu verzeichnen. Auch die Südbahn des Flughafens Leipzig/Halle werde mehr belastet. Diese Tendenzen seien auch auf der Internetseite des Bürgervereins nachlesbar. Durch die Zunahme der Flüge sei auch die Lärmbelastung deutlich gestiegen. Sie bat um Unterstützung seitens der Stadt in der Fluglärmkommission.

Der Ausschuss nahm die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Brandschutzbedarfsplan** Vorlage: V/2012/10626

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an die Verwaltung.

Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit, erläuterte den Verfahrensablauf zur Entstehung der Vorlage. 2003 wurden noch 100000 Euro für einen externen Gutachter bezahlt. Der Brandschutzbedarfsplan wurde in Zusammenarbeit mit den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr erstellt. Er wies darauf hin, dass der Stadtrat Festlegungen treffen sollte, wann die einzelnen Schutzziele erreicht werden. Die Verwaltung habe aus den praktischen Erfahrungen heraus den Brandschutzbedarfsplan erstellt. Dabei wurden der Aufwand und die notwendigen Kosten berechnet. Es sollen jetzt mit der Vorlage die Ergebnisse mitgeteilt werden.

Der Brandschutzbedarfsplan wurde von Herrn Halko mittels PowerPoint-Präsentation erläutert. Diese wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Paulsen bedankte sich für die Erläuterungen und gab die Möglichkeit von Nachfragen.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, fragte:

1. Das aktuelle Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz stammt von 2001. Warum merkt die Stadtverwaltung erst im Jahr 2012, dass die Hilfsfrist von 12 Minuten nicht erfüllt werden kann?
2. Welche Konsequenzen hat die kontinuierliche Nicht-Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Landes? Liegen hierzu Aussagen der Kommunalaufsicht vor?
3. Besteht seitens des Star Parks das Erfordernis zur Errichtung einer ständig besetzten Feuerwache?
4. Aus welchen Gründen musste die Atemschutzübungsanlage in Halle stillgelegt werden? Wurden regelmäßig notwendige Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an der Anlage und am Gebäude durchgeführt?
5. Welche Möglichkeiten zur Nutzung von Atemschutzübungsanlagen bestehen im Umland (Leipzig, Flughafen, Total)? Aus welchen Gründen sind diese Anlagen nicht für eine Nutzung durch die BF Halle geeignet? Wie hoch ist der Auslastungsgrad dieser Anlagen? Wie hoch sind die jährlichen Betriebskosten dieser Anlagen?
6. Welchen Auslastungsgrad hätte eine Anlage in Halle unter alleiniger Nutzung der BF und FF Halle?
7. Wie wurden die entsprechenden Übungen bislang (bis zur Sperrung der Anlage) in Halle durchgeführt (während der normalen Dienstzeiten mit jederzeit möglicher Alarmierung oder unter Freistellung für die Übung)?
8. Wie erklärt sich die Diskrepanz der Einsatzzahlen auf Seite 18 (3274) mit der Angabe auf Seite 17 (3050)? Wie hoch war die Anzahl der Fehlalarme?
9. Wurde anstatt einer eigenständigen 3. Wache die Kombination mit einem Standort der FF geprüft? Aus welchen Gründen ist eine Kombination mit den ohnehin sanierungsbedürftigen Standorten in Reideburg oder Büschdorf nicht möglich? Welche finanziellen Synergieeffekte hätte eine solche Kombination?
10. Durch die Errichtung der 3. Wache werden 3 zusätzliche Funktionsstellen benötigt. Wie viele reale Personalstellen in VBE ergeben sich dadurch?
11. Wie ist die Aussage auf Seite 53 zum Mehrbedarf von 2 Personalstellen zu verstehen?

12. Da die 3. Wache mit 8 permanenten Einsatzkräften besetzt werden soll und 3 Funktionsstellen hinzukommen sollen, müssen 5 Funktionsstellen aus den bisherigen Standorten versetzt werden. Mit welchen Aufgaben waren diese Kräfte dort bislang betreut? Wie können diese Aufgaben ohne zusätzliche Belastung für die verbleibenden Kräfte neu organisiert werden?
13. Mit einer Relation von einem Angehörigen der Berufsfeuerwehr je 1.070 Einwohnern hat die BF Halle eine der schlechtesten Relationen bundesweit (zumindest der in der zur Verfügung gestellten excel-Tabelle enthaltenen Städte). Wie wird vor diesem Hintergrund die Leistungsfähigkeit der BF Halle eingeschätzt?
14. Aus welchem Grund wurden die Tanklöschfahrzeuge der Feuerwehr ausgesondert ohne einen Löschwassercontainer als Ersatz vorzuhalten? Aufgrund welcher Motive wird die Aussonderung der Fahrzeuge vollzogen?
15. Es wird um Mitteilung der Kosten für die Umsetzungsmaßnahmen für die Freiwilligen Feuerwehren gebeten.
16. Warum wird bei der Funktionsstärke auf Seite 25 die Anzahl der Einsatzfunktionen auf 16 beziffert, wenn doch 9 Funktionen in der Ausrücke- und Anfahrtszeit und 6 Funktionen nach weiteren fünf Minuten vor Ort sein müssen?
17. In der Freiwilligen Feuerwehr Lettin gibt es nur noch 3 und in Dölau nur 6 Einsatzkräfte, welche tagsüber verfügbar seien. Es werde vorgeschlagen zur nächsten Sitzung die Wehrleiter einzuladen.
18. Warum werden bei der Soll-Struktur für die Außenwache nur 6 Funktionsstellen für den HLF 1 ausgewiesen, wenn doch 9 Stellen nach 12 Minuten da sein müssen?
19. Ist die personelle Ausstattung für die neue geplante Außenwache möglich? Können Leute für die Außenwache abgezogen werden?
20. Kann zur Absicherung des Industriegebietes an der A14 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Kabelsketal oder mit Landsberg vereinbart werden?

Herr Hans, Amtsleiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, konnte aufgrund der Fülle der Fragen nur einzelne beantworten und sicherte eine schriftliche Beantwortung aller Fragen zu.

Herr Misch, CDU-Fraktion, merkte an, dass der den zweiten Beschlussvorschlag sehr kritisch sehe, da die Notwendigkeit durch den Stadtrat festgestellt und nicht beschlossen werde. **Herr Dr. Wiegand** sicherte eine Änderung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass das Schutzziel durch den Stadtrat beschlossen werden soll. Aus diesem Grund schlägt er vor, dass im Beschlussvorschlag ein entsprechender Punkt 3 eingefügt wird. Weiterhin äußerte er sich skeptisch darüber, dass bei der Errichtung der Außenwache sehr auf das Industriegebiet an der A14 erfolge. Notwendig sei doch das Abdecken der Stadtbereiche im Norden von Dölau im Westen bis Mötzlich im Osten. Dieses könne mit einem Standort der Außenwache im Bereich Trotha erfolgen. Er schlägt vor die Außenwache nicht wie vorgeschlagen im weiteren Bereich der Berliner Brücke zu bauen und merkte an, dass für den StarPark eine Kooperation von Freiwilligen Feuerwehren (z.B. Reideburg, Büschdorf und Kanena mit anliegenden Wehren des Saalekreises) wünschenswert wäre. Möglicherweise ergäben sich aus dem Bau einer Außenwache im Bereich Trotha Synergien mit dem notwendigen Neubau für die Freiwillige Feuerwehr Trotha, so dass Kosten gespart werden können. Er bat um eine Stellungnahme und ggf. eine offenere Formulierung des Beschlussvorschlages im Punkt 2. Des Weiteren möchte er wissen, von wem die auf Seite 6 benannten „zugewiesenen Aufgaben“ denn der Stadt zugewiesen wurden und ob es hier eine ausreichende Finanzierung gäbe. Zu den dort bezeichneten „weiteren Aufgaben“ möchte Herr Paulsen wissen, ob dieses freiwillige Aufgaben seien und ob und ggf. in welchem Umfang hier Einsparpotentiale geprüft wurden.

Herr Hans sicherte eine schriftliche Beantwortung aller Anfragen zu.

Frau Krischok, Sachkundige Einwohnerin, informierte, dass die Freiwilligen Feuerwehren mehr Leute wollen. Sie möchte wissen, ob die Verwaltung schon darüber nachgedacht habe, die Kinder- und Jugendfeuerwehr zu legalisieren oder ob es andere Ideen zur Mitgliedergewinnung seitens der Stadt gebe.

Herr Hans teilte mit, dass die Verwaltung schon mehrere Ideen habe und zum Beispiel als erste Stadt in Sachsen-Anhalt die Feuerwehr-Rente einführt. Auch werde das Ehrenamt bei Veranstaltungen oder anderen Gegebenheiten vorgestellt. Er teilte mit, dass die Kinder- und Jugendfeuerwehr in der Feuerwehrsatzung der Stadt ergänzt werden müsse und dies für Ende des Jahres angedacht sei.

Weiterhin möchte **Frau Krischok** wissen, ob bei der Hilfsfrist von 12 Minuten immer die kürzesten Wege nutzbar seien oder zum Beispiel durch Poller wie an der Dieselstraße dies verhindert werde? **Herr Hans** informierte, dass die Feuerwehr bei der Nutzung der Poller immer mit berücksichtigt werde.

Des Weiteren möchte **Frau Krischok** wissen, ob die Voraussetzungen bei den Umkleideräumen etc. auch dafür geschaffen würden, dass weitere Frauen den Dienst in der Berufsfeuerwehr antreten. **Herr Hans** teilte mit, dass in der Südwache die Innenraumsanierung noch ausstehe. Es werden aber die Voraussetzungen für Frauen geschaffen.

Weiterhin merkte **Frau Krischok** an, dass der Norden von Halle noch nicht abgebrannt sei und demnach keine Außenwache gebraucht wurde. **Herr Dr. Wiegand** teilte mit, dass die Ausrückzeit derzeit 1,5 Minuten betrage. Weiterhin wurde in der Vorlage die Durchschnittsgeschwindigkeit des Löschzuges bei 30 km/h angegeben. Dies sei keine feste Größe und verändere sich bei jedem Einsatz. Wenn diese Durchschnittsgeschwindigkeit auf 35 oder 40 km/h erhöht werde, würden sich automatisch andere Kreise beim Erreichungsgrad ergeben. Man werde immer versuchen sich zu verbessern, da der Schutz der Leute im Außenbereich genauso wichtig sei.

Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE, merkte an, dass der Verwaltung seit 2010 bekannt sei, dass für die Freiwillige Feuerwehr in Dölau ein Neubau notwendig sei. Weiterhin wies er darauf hin, dass eine Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehren Lettin und Dölau aus Sicht der Motivation sehr kritisch sei. Diesbezüglich möchte er gern folgendes wissen:

1. Gibt es noch freie Flächen auf dem Gebiet zum Bebauungsplan Alfred-Oelßner-Straße?
2. Sind noch Grundstücke der Stadt in der Nähe des Standortes des bisherigen Gerätehauses vorhanden?

Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten.

Herr Paulsen möchte bezüglich des geplanten Bau einer Atemschutzübungsanlage wissen:

1. Wie hoch waren die jährlichen Kosten für die Übungen beim Unternehmen in Schkopau?
2. Wie hoch wären die Kosten bei einer Nutzung der Anlage im Saalekreis?
3. Welche Nutzungsdauer besitzt die Anlage im Saalekreis noch?
4. Ist ein gemeinsamer Neubau einer Anlage bei einer geringen Nutzungsdauer der Anlage im Saalekreis möglich?

Weiterhin fragt **Herr Paulsen** nach dem Stand der Prüfungen zur Umsetzung der Variante 1 auf Seite 63 der Ortsfeuerwehr Dölau und welche Kosten dabei entstehen.

Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten.

Herr Paulsen möchte gern wissen, ob es zu möglichen Kooperationen von Ortsfeuerwehren einen Zeitplan gibt? **Herr Hans** teilte mit, dass dies ein sehr sensibles Thema sei und die Verwaltung keinen Druck ausüben werde, da sonst die Gefahr bestehe, dass es einen Verlust von Kameraden gibt. **Herr Dr. Wiegand** wies darauf hin, dass das Ergebnis des Brandschutzbedarfsplanes nicht mit möglichen Kooperationen von Ortsfeuerwehren verbunden sei. Er schlage vor, dass der Brandschutzbedarfsplan aller 5 Jahre als Beschlussvorschlag in den Stadtrat komme.

Herr Dr. Köck regte bezüglich des Mitgliedermangels in den Ortsfeuerwehren an, bei den Bürgermappen für Neu-Bürger Werbung für das Ehrenamt zu machen. **Herr Hans** bedankt sich für diesen Vorschlag und wird dies auf Umsetzbarkeit prüfen.

Herr Scholtyssek fragte an, ob die Verwaltung alternative Ansichten bei anderen Festlegungen zum Schutzziel –wie die Erhöhung der Durchschnittsgeschwindigkeit- zur Verfügung stellen könne. Die Verwaltung sichert dies zu.

Ergänzend zu der Frage von Herrn Dr. Köck bittet **Herr Paulsen** zudem um die Darstellung der Strategien zur Erhöhung der Anzahl der ehrenamtlich aktiven Mitglieder (insbesondere bei den FFW Lettin und Dörlau) bzw. der Strategien zur Nachwuchsgewinnung.

Herr Paulsen regt zudem an, die im Brandschutzbedarfsplan formulierte Perspektive der Fortschreibung des Planes in 5 Jahren auch in den Beschlussvorschlag aufnehmen.

Herr Sommer fragte an, ob Leistungen neben der Brandbekämpfung wie zum Beispiel das Türöffnen an Dritte abgegeben werden können. Weiterhin bat er um Übersicht der Kostenrahmen für die Freiwilligen Feuerwehren. Die Verwaltung sichert eine Antwort zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: beraten
(in erster Lesung)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes.
2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung im Industriegebiet Star Park Halle A 14 ist die Errichtung einer Außenwache der Berufsfeuerwehr notwendig.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10586**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Anmerkung: Der Antrag wurde im Kulturausschuss vertagt. Er wird erst wieder auf die Tagesordnung gesetzt, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

Beschlussvorschlag:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.
2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.
3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.
4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.
5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der
FDP -Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Anmerkung: Der Antrag wurde im Kulturausschuss vertagt. Er wird erst wieder auf die Tagesordnung gesetzt, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

Er fragte an, ob der Standort möglich sei, da dieser doch zum Schulgelände als Sportplatz gehöre. **Herr Hans** teilte mit, dass dieser Standort nach einer Begehung vor Ort für geeignet festgelegt wurde und eine Leistungsvereinbarung zwischen dem ZGM und Herrn Hans in Höhe von 70.000,- € unterschrieben wurde. Der Abschluss des Neubaus sei für 2014 geplant. Das Land werde jedoch keine Fördermittel zur Verfügung stellen.

Herr Scholtyssek wies darauf hin, dass der Änderungsantrag der SPD gleichlautend zum Antrag der CDU sei. Er teilte mit, dass die CDU den Änderungsantrag übernehmen werde, wenn bei beiden Beschlusspunkten das Wort „aufgefordert“ durch „beauftragt“ ersetzt werde. **Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion**, stimmt der Änderung zu. Er bat um sorgfältige Abwägung bei der Höhe der notwendigen Investition in das bestehende Gebäude bis zur Errichtung des Neubaus.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Mitteilung bis zum Hauptausschuss, ob die Fläche für den geplanten Neubau noch durch die Schule und den Hort als Sportplatz genutzt werde und ob wenigstens ein Teil der Fläche nach dem Neubau für die Schule und den Hort zur Verfügung stünden. Die Verwaltung sicherte dies zu.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass durch die Übernahme des Änderungsantrages der CDU die Intention der Fraktion MitBÜRGER für Halle/Neues Forum sich im Hauptantrag wiederfinde. Er fragte die Fraktion, ob diese dennoch an dem Änderungsantrag festhalte. **Herr Sommer** bestätigte dies.

Herr Paulsen bat um Abstimmung des Änderungsantrages 6.3.1. und wies darauf hin, dass bei Zustimmung zu diesem Änderungsantrag der durch die Übernahme des Änderungsantrages 6.3.2. geänderte Antrag vollständig geändert werde.

Herr Paulsen bat um Abstimmung des Änderungsantrages 6.3.1. Dem Änderungsantrag wurde mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen zugestimmt.

Herr Paulsen bat sodann um Abstimmung des geänderten Hauptantrages 6.3. und erläuterte diesen.

Mit diesen Erläuterungen waren die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion nicht einverstanden und es entstand eine intensive geführte Diskussion. Zur Klärung der Situation zitierte **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, die Gemeindeordnung und merkte an, dass das Verfahren durch den Ausschussvorsitzenden ordnungsgemäß durchgeführt wurde.

Herr Paulsen bat um Abstimmung des geänderten Antrages.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Anmerkung:

ursprünglicher Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt** ~~aufgefordert~~, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.

2. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt** aufgefordert, die Planungen für den Neubau eines Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planungen für den Neubau eines Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10869**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, **die Planungen für den Neubau eines** die-Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha **auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.** unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.

**zu 6.3.2 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle –Trotha (Vorlagen-Nummer: V/2012/10774)
Vorlage: V/2012/10899**

Abstimmungsergebnis: erledigt
(durch CDU-Fraktion übernommen)

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Antragstext wird durch folgenden Text ersetzt:

1. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt** aufgefordert, die Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha unverzüglich in einen die Einsatzbereitschaft ermöglichenden Zustand zu versetzen.

2. Die Stadtverwaltung wird **beauftragt** aufgefordert, die Planungen für den Neubau eines Gebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Halle – Trotha auf einem geeigneten Grundstück zeitnah abzuschließen und schnellstmöglich mit dem Neubau zu beginnen.

**zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Einführung eines Terminvergabesystems für den Bürgerservice
Vorlage: V/2012/10780**

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und erläuterte für die Antragsteller die Intention des vorliegenden Antrags. Danach berichtet die Stadtverwaltung über die kürzlich erfolgte Einführung eines Terminvergabesystems in einigen Bürgerservicestellen.

Bis zur kommenden Ausschusssitzung wird die Verwaltung auf Bitten der Antragsteller darlegen, in welchen Bereichen und in welchen (weshalb) nicht das Terminvergabesystem eingerichtet wurde. Es wird bis dahin auch die Klärung erfolgen, ob die Ausländerbehörde eine Bürgerservicestelle ist.

Der Ausschuss verständigt sich auf eine Vertagung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Einführung eines Terminvergabesystems für die Bürgerservicestellen zu prüfen und dem Stadtrat eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

**zu 6.5 Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Kreuzungsbereich Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk
Vorlage: V/2012/10785**

Abstimmungsergebnis: erledigt
(Erklärung durch Antragsteller)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Verkehrsführung an der Straßenkreuzung Burgstraße-Mühlweg-Neuwerk optimiert werden kann. Die

Vorfahrtsregelung des ÖPNV durch eine entsprechende Beschilderung bleibt davon unberührt.

zu 6.6 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an den Antragsteller.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, erläuterte die Antragstellung.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass die Verwaltung den Antrag nicht nur auf den Stadtteil Neustadt beziehe. Es werde angestrebt, dass für jeden abgängigen Baum ein neuer Baum gepflanzt werde. Dabei sei jedoch die Finanzierung problematisch. Er wies weiterhin auf die Bedeutung des Teams Baum im Grünflächenamt hin, welche glücklicherweise in der Leitung personell neu besetzt werden konnte.

Herr Paulsen stimmt dem Ansinnen der Antragsteller grundsätzlich zu. Allerdings bleibe hinsichtlich der Zahlen unklar, was bisher jährlich ausgegeben wurde, was künftig wahrscheinlich für Ersatzpflanzungen an finanziellen Mitteln benötigt werde und was die Erstellung des „langfristigen Pflegeplanes“ für den gesamten kommunalen Baumbestand koste. Wann soll dieser Pflegeplan von wem erarbeitet werden? Dass die SPD hier keine Zahlen nenne, sei verständlich. Allerdings bitte er die Verwaltung, hierzu Ausführungen zu machen.

Der Ausschuss verständigt sich auf eine Vertagung des Antrages mit der Maßgabe, dass bis dahin die Verwaltung sich zu Kostenkalkulationen äußert, die sich aus dem Antrag ergeben. Die Informationsvorlage zum Baumbestand in Halle-Neustadt (Punkt 8.3) soll in der nächsten Sitzung vor der Behandlung des Antrages besprochen werden.

Herr Dr. Fuchs, Sachkundiger Einwohner, wünscht sich bei Neupflanzungen mehr Nadelbäume.

Herr Misch, CDU-Fraktion, wies darauf hin, dass bei Haushaltsberatungen der Betrag für Baumpflege und Baumfällungen nur ein Bruchteil der tatsächlich benötigten Mittel sei. Dabei möchte er gern wissen, wo die Ersatzpflanzungen berücksichtigt seien.

Herr Stäglin teilte mit, dass die Verwaltung gern Baumspenden ermöglichen möchte. Das Team Baum wird sich dieser Sache annehmen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung stellt sicher, dass mittelfristig notwendige Baumfällungen durch Ersatzpflanzungen kompensiert werden. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsplanentwürfen der Stadtverwaltung ab dem Haushaltsjahr 2013 zu berücksichtigen.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Planen und Bauen, teilte mit, dass in den bereits im Ausschuss berichtete Thema die Klageverfahren mehrerer Bürger gegen die Abfallgebührenbescheide, in dem das Verwaltungsgericht die Abfallgebührensatzung für nichtig erklärt habe, vom Oberverwaltungsgericht die Berufung der Stadt zugelassen wurde. Jedoch werde die Verwaltung für die terminlich anstehende Neufassung der Abfallgebührensatzung keine Änderungssatzung sondern eine neue in die Ausschusssitzung im November einbringen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8.1 Mitteilung zum Stand der Prüfungen zur Radwegebenutzungspflicht

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Diese Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung zur Öldialyse bei städtischen Fahrzeugen

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt und übergab das Wort an Frau Godenrath. **Frau Godenrath, Leiterin Ressort Zentrale Dienste**, verwies in ihren Ausführungen auf die ausgeteilte Informationsvorlage, welche auch im Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Diese Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Handlungskonzept zum Baumbestand Halle-Neustadt

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wird auf die nächste Sitzung verschoben.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Leibrich, Fraktion DIE LINKE., fragte bezüglich der vergangenen Anfragen zur Bushaltestelle für Seniorenreisen nach. Sie wies darauf hin, dass die Aussage der Verwaltung den Busunternehmen nicht durchgestellt worden sei. Die Verwaltung wird dem nachgehen.

Frau Krischok, Sachkundige Einwohnerin, möchte bezüglich der Pflege und Erhaltung von geschützten Grabmahlen wissen, ob die Stadt schon über Patenschaften nachgedacht

habe. **Herr Stäglich, Beigeordneter für Planen und Bauen**, teilte mit, dass Patenschaften nicht massiv beworben worden seien.

Weiterhin fragte **Frau Krischok** nach, ob neben den Bänken an den Trinkerstandorten am Alten Markt und in der Leipziger Straße/Ecke Grüner Winkel noch weitere Bänke abgebaut wurden. **Herr Stäglich** informierte, dass diese Bänke nur aufgrund erforderlicher Maßnahmen abgebaut wurden und ihm nicht bekannt sei, dass dies auch an anderen Standorten der Fall sei.

Frau Wildgrube, FDP-Fraktion, fragte nach, ob die Verwaltung mit dem Eigentümer des Grundstücks Steinweg 12/13 sprechen könne, da dort viel Müll rumliege. Die Verwaltung sicherte dies zu.

Herr Misch, CDU-Fraktion, teilte mit, dass der Stadtrat am 27.09.2012 den Beschluss zur Ergänzung der Gefahrenabwehrverordnung gefasst habe. Weder im Amtsblatt noch im Internet wurde dies veröffentlicht. Demnach könne der Beschluss noch nicht umgesetzt werden. Er möchte gern wissen, ob es dafür Gründe gebe.

Frau Schmidt, Leiterin Ressort Ordnungsangelegenheiten, teilte mit, dass die Zustimmung vom Landesverwaltungsamt nunmehr eingegangen sei. Wie die weitere Verfahrensweise sei, werde schriftlich mitgeteilt.

Herr Misch informierte, dass in Halle die Firma AKS GmbH aus Morl und die Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) berechtigterweise Altkleidercontainer im Stadtgebiet von Halle aufgestellt haben. Die Erlöse durch diese Container werden bei der HWS den Müllgebühren aller Halleschen Haushalte gegengerechnet. In letzter Zeit stehen im Stadtgebiet von Halle an unterschiedlichen Standorten unberechtigt neue Altkleidercontainer einer polnischen Firma. Diese wurden anfangs von der Stadtwirtschaft eingesammelt und deponiert. Dies sei jetzt aufgrund einer Unterlassungsklage nicht mehr möglich. Er möchte gern wissen, was seitens der Stadt unternommen werde und wann die Container verschwinden. Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, warum im Juni in der Heinrich-und-Thomas-Mann-Straße und in der August-Bebel-Straße im Schutzzeitraum Robinien gefällt wurden und wann eine Ersatzpflanzung vorgenommen werde. **Herr Stäglich** sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Paulsen teilte mit, dass über dem Marktplatz in der Fußgängerzone Geldtransporter fahren. Er möchte gern wissen, ob die Stadt ähnliche Beobachtungen gemacht oder Auflagen erteilt habe. **Herr Dr. Wiegand, Beigeordneter für Sicherheit und Gesundheit**, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Paulsen merkt an, dass die Verwaltung angekündigt hatte, dass die Öffnung der Einbahnstraßen Brüderstraße, Neunhäuser und Barfüßerstraße für den Radverkehr in beiden Richtungen nach der Realisierung von Tempo 20 in der Altstadt vorgesehen wäre. Er fragt, wie hier der aktuelle Stand sei. **Herr Stäglich** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 10 Anregungen

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle, regte an, dass nach Heimspielen des Halleschen FC die Ampelanlage an der Kreuzung Philipp-Müller-Straße/Südstraße/Professor-Friedrich-Hoffmann-Straße abgeschaltet werde, damit der Verkehr schneller aus der Stadt herausgeführt werde.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Paulsen, Vorsitzender des Ausschusses, beendete die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.09.2012

Dr. Bernd Wiegand
Beigeordneter

Oliver Paulsen
Ausschussvorsitzender

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Wolfram Neumann
Beigeordneter

René Müller
Protokollführer